

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Angst statt Anschluss – wie sicher sind unsere Verkehrsmittel?

Der öffentliche Nahverkehr in Bremen sollte ein sicherer Raum für alle Menschen sei. Ein Ort der Mobilität, der Verlässlichkeit und der sozialen Teilhabe. Doch die Realität sieht zunehmend anders aus: Fahrgäste und Beschäftigte berichten vermehrt von Gewalterfahrungen in Bussen, Bahnen und insbesondere am Bremer Hauptbahnhof.

Die Spannweite reicht von körperlichen Angriffen bis hin zu Übergriffen mit diskriminierendem oder sexualisiertem Hintergrund. Auch tätliche Auseinandersetzungen aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten nehmen zu.

Der Bremer Hauptbahnhof, einst ein bedeutendes Drehkreuz für Handel und Reisen, ist heute in der öffentlichen Wahrnehmung häufig mit Drogenkonsum, Kriminalität und Unsicherheitsgefühlen verbunden. Laut öffentlich zugänglicher Daten ist die Zahl der registrierten Gewaltdelikte im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) allein von 2021 auf 2022 von 600 auf rund 900 gestiegen – ein alarmierender Anstieg um 50 Prozent.

Bremen darf bei einem so zentralen Thema wie der Sicherheit nicht noch schlechter werden. Bereits 2023 belegte die Hansestadt im bundesweiten Vergleich einen der vorderen Plätze in der Kriminalitätsstatistik. Berichte aus dem Weser-Kurier und Rückmeldungen aus der Bevölkerung bestätigen, dass Übergriffe auf Fahrgäste ebenso wie auf Fahrerinnen und Fahrer zunehmen. Diese Entwicklung untergräbt das Vertrauen in die Sicherheitskonzepte des Senats und der Bremer Straßenbahn AG.

Diese Entwicklungen werfen die berechtigte Frage auf, ob sich die Bürgerinnen und Bürger in Bremen noch sicher mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen können. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion nimmt die Sorgen der Bevölkerung ernst.

Es stellt sich die Frage, welche konkreten Schritte der Senat und die Bremer Straßenbahn AG bereits unternommen haben oder planen, um Übergriffe

im Nah- und Fernverkehr einzudämmen und die Sicherheit für alle Beteiligten wiederherzustellen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Fälle von körperlicher und verbaler Gewalt wurden in den letzten fünf Jahren in Bremer Straßenbahnen und Bussen registriert und angezeigt (bitte nach Jahr und Deliktart aufschlüsseln)?
2. In wie vielen der unter 1. genannten Fälle wurden in den letzten fünf Jahren in Bremen das Fahrpersonal Opfer von Gewaltdelikten?
3. Wie viele der Anzeigen wegen Gewaltdelikten mit Tatort im ÖPNV führten in den letzten fünf Jahren tatsächlich zu einer strafrechtlichen Verurteilung?
4. Wie hoch ist nach Schätzung des Senats die Dunkelziffer bei Gewalttaten im ÖPNV, und wie wird sie eingeschätzt oder erfasst?
5. Inwieweit gibt es bestimmte Linien, Uhrzeiten oder Haltestellen, an denen es vermehrt zu Gewalttaten kommt (bitte angeben)?
6. Wie viele Sicherheitskräfte sind aktuell im Einsatz im ÖPNV Bremens, und wie hat sich diese Zahl in den letzten fünf Jahren entwickelt?
7. Welche Aus- und Fortbildungsmethoden erhalten Bus- und Bahnfahrer im Kontext von körperlichen und verbalen Übergriffen und insbesondere im Umgang mit gewalttätigen Situationen?
8. Wie viele Kameras sind aktuell jeweils in den Fahrzeugen der Bremer Straßenbahn AG verbaut, und wie werden die Inhalte genutzt beziehungsweise gespeichert?
9. Gibt es ein Notrufsystem in Bussen und Bahnen für Fahrgäste, und wie wird es im Ernstfall benutzt? Wie häufig wurden diese in den vergangenen Jahren genutzt?
10. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Bremer Straßenbahn AG, Polizei und Ordnungsamt bei Gewalttaten im ÖPNV?
11. Welche Bevölkerungsgruppen sind am meisten von Gewalt im ÖPNV betroffen (zum Beispiel ältere Menschen, Frauen, bestimmte Herkunft etc.)
12. Von welcher Bevölkerungsgruppe geht die Gewalt im ÖPNV besonders häufig aus (zum Beispiele Jugendliche, Männer, bestimmte Herkunft etc.)?
13. Wie wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste bemessen (beispielsweise durch Umfragen oder ähnliches)?

14. Welche finanziellen Mittel wurden in den letzten Jahren vom Senat für Sicherheitsmaßnahmen im ÖPNV bereitgestellt?
15. Welche politischen Maßnahmen plant der Senat, um das Sicherheitsempfinden und den realen Schutz im ÖPNV zu verbessern?
16. Welche präventiven Maßnahmen planen der Senat und die Bremer Straßenbahn AG zur Vermeidung einer weiteren Zunahme und dem Schaffen einer Entwicklungsumkehr zur Abnahme von Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln?

Marco Lübke, Michael Jonitz, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU